

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Kämmerei  
Bearbeitet von: Herr Ladda

Datum  
20.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**09.10.2002**

---

**Rat**

**30.10.2002**

---

Betreff:

**Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber den städtischen  
Vertretern in den Organen von Teiligungsunternehmen;  
hier: Grundsatzentscheidung zur Ausgestaltung des Weisungsrechts  
gem. § 113 GO NW**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen trifft folgende Grundsatzentscheidung:

Neben den in der Gemeindeordnung genannten für alle Teiligungen geltenden Fällen sind dem Rat der Stadt Siegen vor Beschlussfassung in den Unternehmensorganen die nachstehend genannten Geschäftsvorfälle bei den Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Siegen (KEG SIEGEN mbH, SVB GmbH) sowie der Technologiezentrum Siegen GmbH – TZ SI GmbH – (Anteil Stadt = 49,99 % bei Stimmrechtsparität der Gesellschafter Kreis Siegen-Wittgenstein und Stadt Siegen) zur Kenntnis zu geben, damit dieser Gelegenheit hat, von seinem Weisungsrecht nach § 113 GO NW Gebrauch zu machen:

- Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und –herabsetzungen;
- Übernahme neuer Aufgaben und Zielsetzungen;
- Übertragung von Aufgaben auf andere Unternehmen;
- Verfügungen über Geschäftsanteile oder Teile von solchen;
- Beitritt neuer Gesellschafter;
- Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb, die Errichtung und die Anpachtung anderer Unternehmen;
- Auflösung der Gesellschaft;
- Änderung der Tarifpreise für Gas, Wärme und Wasser.
- In allen sonstigen Fällen, in denen die Beschlussfassung im Unternehmensorgan erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Siegen hat.

### Sachverhalt / Begründung:

Nach § 113 GO NW haben die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden.

Einschränkungen erfolgen hier jedoch durch gesellschaftsrechtliche Bestimmungen des Aktien- und GmbH-Gesetzes, die als Bundesrecht nach Art. 31 Grundgesetz ranghöher als die landesrechtlich in der Gemeindeordnung vorgesehenen Weisungs- und Kontrollbefugnisse sind. Die durch das Kommunalrecht dem Rat oder seinen Ausschüssen zugesprochenen Kompetenzen sind nur insoweit haltbar, als sie nicht mit dem GmbH- bzw. Aktiengesetz kollidieren.

Dabei bestehen unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der hier relevanten Unternehmensorgane Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat.

### Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung nehmen die Vertreter der Gemeinde die Rechte des Gesellschafters wahr. Dies ist jedoch die Gemeinde selbst als juristische Person, die sich lediglich, da sie als solche nicht handlungsfähig ist, zur Ausübung der ihr zustehenden Rechte eines von ihr bestimmten Vertreters bedient. Die Bindung an das Weisungsrecht betrifft daher nicht das Gesellschaftsrecht, sondern ausschließlich das Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinde und ihrem Vertreter. Eine Kollision zwischen Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht findet mithin nicht statt. Insoweit gibt es in der Gesellschafterversammlung kein freies Mandat. **Weisungen des Rates und seiner Ausschüsse sind daher bindend.**

### Aufsichtsrat

Das GmbHG schreibt die Bildung eines Aufsichtsrats nicht vor. Wenn, wie das bei KEG SIEGEN mbH und SVB GmbH der Fall ist, ein Aufsichtsrat eingerichtet wird (fakultativer Aufsichtsrat), gelten nach § 52 Abs. 1 GmbHG für diesen verschiedene

Bestimmungen des Aktiengesetzes, aus denen sich die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder von externer Einflussnahme ergibt. Allerdings eröffnet § 52 GmbHG die Möglichkeit, im Gesellschaftsvertrag Weisungsbefugnisse der Gemeinde vorzusehen. Die Gesellschaftsverträge von KEG SIEGEN mbH und SVB GmbH schließen die Anwendbarkeit des Aktiengesetzes jeweils aus. Insoweit ist hier ein Weisungsrecht gegeben, obwohl dies in den Verträgen nicht explizit formuliert ist.

Gleichwohl entfaltet die Weisung für den Vertreter der Gemeinde lediglich eine Bindung im **Innenverhältnis** zur Vertretungskörperschaft. Die bestellten Personen bleiben also dem Rat gegenüber für ihr Verhalten im Aufsichtsrat verantwortlich. Andererseits unterliegen auch die Mitglieder eines fakultativen Aufsichtsrates dem Grundsatz der Unabhängigkeit und der Verpflichtung zur vorrangigen Wahrung der Gesellschaftsinteressen. **Insoweit hat ein Handeln entgegen den Beschlüssen oder Weisungen des Rates keinen Einfluss auf die Rechtswirksamkeit der Beschlüsse des betreffenden Unternehmensorgans.**

Die Abgrenzung der Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse von Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung ist in der Regel in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen/Satzungen festgelegt. Zur weitergehenden Information ist der Vorlage als **Anlage 1** eine Aufstellung beigelegt, die die Zuständigkeitsabgrenzung bei den Mehrheitsbeteiligungen SVB und KEG sowie dem TZ darstellt. Die jeweilige Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung ergibt sich aus **Anlage 2**.

Aus ihrer Eigentümerstellung heraus sind die Gemeinden zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen berechtigt und verpflichtet. Es ist jedoch in das Ermessen jeder einzelnen Kommune gestellt, wie sie ihre Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten ausgestaltet. Wesentliche Steuerungsinstrumente sind Weisungsbeschlüsse des Rates gegenüber den kommunalen Vertretern in den Unternehmensorganen sowie der Beteiligungsbericht, der regelmäßig die Entwicklung aller städtischen Beteiligungen darstellt. Dabei stellt sich die Aufgabe, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Selbständigkeit der Unternehmen einerseits und der Steuerung und Kontrolle andererseits zu finden. Um die Verantwortlichkeit für die operative Unternehmenstätigkeit nicht zu verwässern, müssen sich Steuerung und Kontrolle vornehmlich auf die Ergebnisse der Beteiligungen beziehen. Die in der Verwaltungsorganisation anzutreffende Feinsteuerung wird insoweit durch eine Grob- oder Globalsteuerung ersetzt.

Davon ausgehend sollte die Steuerung und Kontrolle der Minderheitsbeteiligungen auf die Ergebniskontrolle, d. h. auf die verwaltungsinterne Auswertung der Wirtschaftspläne und der Jahresabschlüsse sowie die Sicherstellung städtischer Interessenlagen, beschränkt bleiben.

Auch bei den Mehrheitsbeteiligungen KEG SIEGEN mbH und SVB GmbH sowie der TZ SI GmbH, sollte möglichst wenig in die Modalitäten der operativen Aufgabenerfüllung eingegriffen werden. Von der Möglichkeit der Weisungserteilung sollte daher nur bei zu definierenden bedeutsamen Geschäftsvorfällen Gebrauch gemacht werden.

Bisher wurde lediglich in Bezug auf die Beteiligung an der SVB GmbH näher konkretisiert, bei welchen Geschäftsvorfällen Weisungsbeschlüsse zu fassen sind.

In der Anlage zur Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH vom 21.11.1975 sind einzelne Geschäftsvorfälle, wie z. B. die Festsetzung und Änderung der allgemeinen Tarifpreise, die Übernahme neuer Aufgaben einschließlich von Aufgaben außerhalb des Stadtgebietes oder der Abschluss bzw. Änderung oder Aufhebung von Konzessions- und Demarkationsverträgen, aufgeführt, die dem Rat der Stadt Siegen zur Kenntnis zu geben sind, damit das Weisungsrecht ausgeübt werden kann.

Konkretisierungen zur Ausgestaltung des Weisungsrechts bestehen bei den anderen Beteiligungen nicht.

Um für die Zukunft weitestgehend zweifelsfrei die Mitwirkungsrechte des Rates der Stadt hinsichtlich der Steuerung und Kontrolle der Beteiligungsunternehmen zu definieren, wird empfohlen, durch eine Grundsatzentscheidung des Rates der Stadt aus Gründen der Rechtssicherheit für Rat und Verwaltung die weisungsrelevanten Unternehmensvorgänge festzulegen.

Im Spannungsfeld der einerseits vom Gesetzgeber gewollten Selbstverantwortung der Unternehmen und ihrer Beschlussorgane sowie andererseits der nach der GO NW dem Rat obliegenden Steuerungsmöglichkeit und –verantwortung wird vorgeschlagen, bei folgenden

relevanten Geschäftsvorfällen von Mehrheitsbeteiligungen ein Weisungsrecht nach § 113 GO NW vorzusehen:

- Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und –herabsetzungen;
- Übernahme neuer Aufgaben und Zielsetzungen;
- Übertragung von Aufgaben auf andere Unternehmen;
- Verfügungen über Geschäftsanteile oder Teile von solchen;
- Beitritt neuer Gesellschafter;
- Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb, die Errichtung und die

- Anpachtung anderer Unternehmen;
- Auflösung der Gesellschaft;
- Änderung der Tarifpreise für Gas, Wärme und Wasser.
- In allen sonstigen Fällen, in denen die Beschlussfassung im Unternehmensorgan erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Siegen hat.

Weitere Weisungsnotwendigkeiten können sich bei Minderheitsbeteiligungen ergeben, wenn eine Beteiligung des Unternehmens an einer anderen Gesellschaft beabsichtigt ist. Dies gilt insbesondere, wenn an einer Gesellschaft Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 % beteiligt sind, wie dies z. B. bei der Kreiswohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH der Fall ist (Anteil Stadt Siegen 11,3 %). Hier dürfen die städtischen Vertreter in der Gesellschaft einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

Unabhängig davon ist sowohl bei Mehrheits- als auch bei Minderheitsbeteiligungen eine weitergehende Einflussnahme des Rates der Stadt immer dann möglich, wenn an das Unternehmen Zahlungen aus dem Haushalt der Stadt bewirkt werden sollen. Im Rahmen des Etatrechtes des Rates der Stadt können durch entsprechende Haushaltsentscheidungen, z. B. über mögliche Verlustabdeckungen (siehe NAS gGmbH), die Interessen der Stadt/des Rates definiert werden.

Darüber hinaus wird auf den jährlich erstellten Beteiligungsbericht verwiesen. Dieser enthält für sämtliche Beteiligungen alle steuerungsrelevanten Informationen (Abschlussergebnis, Eigenkapitalausstattung, Umsatzerlöse, usw.), aufgrund dessen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten immer weitergehende Initiativen des Rates möglich sind.

In Vertretung

Gesehen:

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel

## Anlagen

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: